

Preles: Grosser Rat fordert Überprüfung



Fritz Ruchti (SVP) nahm beim Desaster um das Jugendheim Preles auch den Grossen Rat in die Pflicht. *Andreas Blatter*

Marius Aschwanden

KANTON BERN Der Grosse Rat hat bei der Umnutzung des Jugendheims Preles in ein Ausschaffungsgefängnis weitere Abklärungen verlangt. Grund dafür sind die gemachten Fehler in der Vergangenheit.

Seit Anfang November ist das Jugendheim Preles auf dem Tessenberg geschlossen. Weil die Institution notorisch unterbelegt war, hat sich der Regierungsrat Anfang 2016 zu diesem Schritt entschieden. Nur vier Jahre vorher wurde das Heim noch für 38 Millionen Franken umgebaut. Die Gründe für diese Misere waren gestern zwar Thema im Grossen

Rat. Sowohl die Geschäftsprüfungskommission (GPK) als auch die Fraktionen hielten sich aber mit Schuldzuweisungen zurück. Lieber wollten sie nach vorne schauen, um bei künftigen Projekten, etwa der geplanten Umnutzung des Heims in ein Ausschaffungsgefängnis, ein ähnliches Desaster zu verhindern.

Keine Freude an dieser Vorgehensweise hatte SVP-Grossrat Martin Schlup (Schüpfen). «Jeder Unternehmer kennt Businesspläne. Der Regierungsrat anscheinend nicht», sagte er energiegelad. Er störe sich daran, dass sowohl die Polizei- als auch die Baudirektion beim Umbau des

Heims massive Fehler begangen habe, diese aber keine Konsequenzen hätten.

Selbstkritik der GPK

Die GPK hat die Fehler in einem Bericht bekannt gemacht, der dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Darin macht die Kommission das damalige Amt für Freiheitsentzug und Betreuung sowie das Amt für Grundstücke und Gebäude dafür mitverantwortlich, dass das Jugendheim nur vier Jahre nach dem Umbau bereits wieder geschlossen werden musste (wir berichteten). Auf die konkreten Verfehlungen wollte Fritz Ruchti

(SVP Seewil), Vizepräsident der GPK, gestern nicht mehr eingehen. «Es liegt mir fern, Anschuldigungen zu machen», sagt er. Stattdessen müssten Lehren für die Zukunft gezogen werden. Nicht nur der Regierungsrat müsse besser planen, auch die Grossräte seien in der Pflicht. «Fragt euch bei jedem Investitionskredit, ob der Bedarf ausgewiesen, die Wirtschaftlichkeit gegeben und das Risiko für den Kanton tragbar ist», richtete er sich an seine Kollegen. «Derart gravierende Fehlplanungen und Fehlinvestitionen dürfen nie mehr geschehen.»

Ähnlich äusserten sich auch die Fraktionen. Es sei zwar am Regierungsrat, dem Parlament «überlegte, umfassende und weitsichtige» Projekte vorzulegen, sagt Ursula Zybach(Spiez) für die SP. Anschliessend müssten die Grossräte aber auch kritische Fragen stellen. Daniel Beutler warnte im Namen der EDU aber auch, dass das Pendel nun nicht in die andere Richtung aus-

schlagen dürfe. «Es ist nicht nötig, für jeden Zebrastreifen einen Experten beizuziehen.»

Polizeidirektor Hans-Jörg Käser (FDP) stellte nicht infrage, dass die Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden müssten. «Die Planung wurde aber vor fünfzehn Jahren nach bestem Wissen und Gewissen gemacht», sagte er. Für die Regierung sei denn auch kein «fehlbares Handeln» gegen die Interessen des Kantons Bern ersichtlich.

Auch Käser will Überprüfung

Ein Misstrauen gegenüber Käser war gestern trotzdem zu spüren.

Der Grosse Rat verlangte bei der Umnutzung einiger Gebäude des Jugendheims in ein Ausschaffungsgefängnis weitere Abklärungen. Er überwies eine entsprechende Motion von Hans Jörg Rügsegger (SVP, Riggisberg) mit 137 zu 2 Stimmen. Insbesondere der Platzbedarf muss nun zuerst detailliert eruiert und dem Grossen Rat ein Gesamtkonzept vorgelegt werden. Zudem muss der Regierungsrat einen

Verkauf eines Teils der Liegenschaften prüfen. «In den letzten Jahren wurde zu viel Geschirr zerschlagen, als dass wir uns noch einmal einen solchen Fauxpas leisten könnten», sagte etwa Marianne Schenk (Schüpfen) für die BDP.

Gleicher Meinung war die Regierung. Sie hat unlängst angekündigt, das Ausschaffungsgefängnis nicht wie geplant Anfang 2017 zu eröffnen. Es seien weitere Abklärungen nötig, hiess es: «Ich war etwas zu optimistisch», sagte Käser gestern. Er wolle nun als Erstes die Bedarfszusage des Strafvollzugskonkordats für einen Teil der Ausschaffungsplätze abwarten. Das Konkordat beschäftigt sich an der heutigen Herbstkonferenz mit dem Thema. Verbindliche Zusagen jedoch wird das Konkordat voraussichtlich keine machen. Es geht darum, ob die Mitgliedskantone die Ausschaffungshaft künftig gemeinsam organisieren wollen. Ein Ja wäre deshalb nur ein politisches Signal für Bern, das Gefängnis in Preles zu realisieren.

**«Derart
gravierende Fehl-
planungen und
Fehlinvestitionen
dürfen nie mehr
geschehen.»**

Fritz Ruchti (SVP)